

Ulrich Herber

Die Demokratie und ihre Gegner im 20. Jahrhundert

Freiburg, Samstagsuni, 1.6.2024

Ein Vortrag über die Geschichte der Demokratie im 20. Jahrhundert, selbst wenn er sich vorwiegend auf Deutschland bezieht, ist ein ziemlich hochstaplerisches Unterfangen. Das gilt vor allem dann, wenn man es nicht allein über die Ideen- oder Verfassungsgeschichte angehen möchte, sondern auch die gesellschaftlichen Prozesse der Demokratisierung und Ent-Demokratisierung berücksichtigen will. Wenn ich es dennoch tue, so zum einen, weil Herr Frick es mir aufgetragen hat, der mich zugleich bat, dies in einer leicht verständlichen Form zu tun (was die Sache ja nicht eben einfacher macht). Ich tue es zum anderen aber auch, weil es vielleicht ein interessantes und augenöffnendes Prisma enthält, die Geschichte weniger von ihren Katastrophen als von der Perspektive der Demokratie aus zu betrachten - ihren Aufschwüngen, Verirrungen, Abstürzen, ihren Ausweitungen und Verengungen, ihren Kritikern, Gegnern und Unterstützern.

Ich gehe dabei einigermaßen chronologisch vor, konzentriere mich auf die deutsche Geschichte und berücksichtige andere Länder, wo immer sinnvoll und nötig. Und ich werde etwa eine knappe Stunde brauchen.

Beginnen wir mit dem Deutschen **Kaiserreich**. Es hat einen schlechten Leumund, gilt als Obrigkeitsstaat, in dem Arbeiter unterdrückt, das Militär hofiert und der deutsche Untertan gezüchtet wurde. Und es war gewiss nicht demokratisch. Das Dreiklassenwahlrecht in Preußen, nach dem die reichsten ein Prozent der Wähler über mehr als ein Drittel der Stimmen verfügten, die Machtfülle des Kaisers, der Regierungen ernennen, entlassen und den Reichstag auflösen konnte, die rechtliche Sonderstellung von Monarch und Militär – all das machte das Kaiserreich zum Ziel heftiger Kritik all jener, die es mit Demokratie und Republik hielten.

Andererseits war das Deutsche Kaiserreich in wirtschaftlicher Hinsicht außerordentlich erfolgreich und galt im Hinblick auf die Sozialpolitik, die Wissenschaften und auch die Kultur vielfach als bewundertes Vorbild. Und außerdem galt bei den Wahlen zum Reichstag das allgemeine, gleiche Männerwahlrecht, was in den USA schon seit 1830 galt, in Frankreich seit 1848, während in England bis 1918 gerade die Hälfte der Männer wählen durfte. In den meisten anderen Ländern Europas setzte sich das allgemeine Wahlrecht erst nach 1918 durch.

Allerdings war Deutschland wie alle Länder Westeuropas im Zuge von Industrialisierung, Urbanisierung und Massenmigration verschärften politischen, sozialen und kulturellen Wandlungsprozessen ausgesetzt, die zu vielfältigen Spannungen führten. Einer der wesentlichen Aspekte dabei war der, wie es schon zeitgenössisch hieß, „Eintritt der Massen in die Geschichte“. Diese entweder hoffnungsfroh oder abwertend gemeinte Floskel bedeutete, dass anders als in den vorangegangenen Dezennien die wichtigen Entscheidungen im Staat, aber etwa auch auf der Ebene der Gemeinden, nicht mehr von den adligen oder bürgerlichen Eliten allein getroffen werden konnten, sondern immer stärker unter dem Eindruck von großen Organisationen, den Parteien, Gewerkschaften und Vereinen sowie deren Vermittlungsmacht standen, wobei die Furcht vor dem Aufstand der Massen seit den Revolutionen von 1789 und 1848 stets gegenwärtig war. Die Einhegung des Einflusses der Massen war deshalb in fast allen westeuropäischen Ländern das zentrale Problem der Regierungen um die Jahrhundertwende, die darauf mit unterschiedlichen Formen der Repräsentation oder der Repression reagierten, sei es mithilfe ungleicher Wahlsysteme wie in England oder mit militärischer Gewalt wie in Frankreich gegenüber den Aufständischen der Pariser Commune.

In Deutschland war es angesichts der enormen Veränderungsdynamik für eine konstitutionelle Diktatur offenbar bereits zu spät, für eine parlamentarische Demokratie angesichts der Kräfteverhältnisse womöglich noch zu früh. Jedenfalls hatte Bismarcks Herrschaftstechnik zwischen diesen beiden Polen seit der Reichsgründung laviert, und auch die Reichsverfassung von 1871 repräsentierte dieses Spannungsverhältnis zwischen den vorkonstitutionellen Sonderbefugnissen von Monarch und Militär auf der einen, und der begrenzten, aber zunehmenden Macht des Reichstags auf der anderen Seite.

Gegen diese Tendenz einer begrenzten, sich durch die Reichstagswahlen und den Aufstieg der Sozialdemokratie bei diesen Wahlen aber stetig erweiternden Demokratisierung richteten sich fortan die Proteste von zwei Seiten: Die einen, die sich gegen die unübersehbaren demokratischen Defizite wandten: Sozialdemokraten, die Linksliberalen, Teile des katholischen Zentrums, die Gewerkschaften. Die anderen, die die überkommenen Machtstrukturen beibehalten und die Macht der Parlamente und den Einfluss der Massen zurückschrauben wollten: die Konservativen vor allem, auch wachsende Teile des mit den Nationalliberalen sympathisierenden Bürgertums, der Adel, die Großlandwirtschaft generell und vor allem das Militär. Und noch 1910 bemerkte einer der Wortführer der preußischen Konservativen, der Abgeordnete Elard von Odenburg-Januschau: „Der König von Preußen und der Deutsche Kaiser muss jeden Moment imstande sein, zu einem Leutnant zu sagen: nehmen Sie zehn Mann und schließen Sie den Reichstag!“

Währenddessen entwickelte sich die Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung angesichts ihrer Erfolge bei den Reichstagswahlen und bei der Verbesserung der Lebensverhältnisse weg von der marxistischen Grundüberzeugung von der Unausweichlichkeit der sozialistischen Revolution hin zu einer strikten Reformpolitik, und als Ziel der weiterhin so genannten *Revolution* galt nun die Erzielung der parlamentarischen Mehrheit und die Errichtung einer sozialen und demokratischen Republik. Dadurch ergaben sich in Bezug auf das Demokratieverständnis Berührungspunkte mit Teilen des Bürgertums und der Katholiken.

Auf den Eintritt der Massen in die Geschichte reagierten aber auch die konservativen Demokratiegegner durch die Gründung eigener Massenorganisationen, etwa des sogenannten „Flottenvereins“, gegründet von Schwerindustriellen und Reedern sowie Vertretern des Marineamts mit dem Ziel, die Begeisterung für die deutsche Marine, die kolonialen Erwerbungen und die weltweite Ausdehnung der Macht des Deutschen Reiches anzufachen, um auch in den ärmeren Schichten die Identifikation mit Kaiser und Reich zu fördern und so den Zulauf zu den Sozialdemokraten und zur Demokratie insgesamt aufzuhalten. Das gelang auch in erheblichem Maße. Der Flottenverein wurde in den Folgejahren zum Sammelbecken zahlreicher nationalistischer, antidemokratischer Kräfte: Bis zum Jahre 1913 hatten sich ihm mehr als eine Million Menschen angeschlossen.

So war vor Beginn des **Ersten Weltkriegs** eine deutliche Polarisierung festzustellen: für und gegen die fortschreitende Demokratisierung. Während des Krieges stand dann aber zunächst die nationale Einheit vor der Demokratie, die ja durch Gewaltenteilung, Parteien, Parlament und die Struktur von Mehrheit und Minderheit die Einheit des Volkes gegen die Kriegsgegner zu stören schien. Damit verbanden sich auf Seiten der nationalistischen Demokratiegegner aber noch weiterreichende Ziele. In der konservativen Zeitung „Post“ etwa konnte man lesen, *„dass ein Krieg nur vorteilhaft sein kann, indem unsere prekäre politische Lage geklärt und die Gesundheit vieler politischer und sozialer Zustände herbeigeführt würde.“*

Mit dem Krieg radikalisierte sich in Deutschland wie in allen kriegsführenden Staaten der Nationalismus, und Wilhelms Ausruf, er kenne keine Parteien mehr, er kenne nur noch Deutsche, definierte diese Stimmung der nationalen Einheit vor, genauer: statt der Demokratie. Zugleich aber bildete sich in der Auseinandersetzung um die Kriegsziele, um die Friedensinitiativen und die Forderungen nach einer demokratischen Verfassungsreform ein informelles Bündnis von Sozialdemokraten, Linksliberalen und katholischem Zentrum heraus, die sogenannte „konstitutionelle Bewegung“, die sich für Parlamentarismus, demokratischen Rechtsstaat, verstärkte Sozialpolitik und einen Verständigungsfrieden einsetzte und bereits die

Konturen sowohl der Weimarer Koalition wie der tragenden Kräfte der Bundesrepublik enthielt.

Diesem Bündnis entgegen stellte sich die Dritte Oberste Heeresleitung unter Hindenburg und Ludendorff, die von der neu gegründeten radikalnationalistischen „Vaterlandspartei“ und ihrem nach Millionen zählendem Anhang plebiszitär getragen wurde und eine Art Militärdiktatur etablierte. Deren Ziel war zum einen die Orientierung auf einen Siegfrieden um jeden Preis, zum anderen die Rückgängigmachung der demokratischen Errungenschaften und die Errichtung einer Art Kaiserdiktatur. Damit hatten sich nun jene Fronten zwischen beiden Lagern herausgebildet, die die folgenden Jahrzehnte prägen sollten. Und auch als mit der Niederlage von 1918 und der sich anschließenden Revolution die Demokratie zu triumphieren schien, war das rechtsnationalistische Lager zwar vorübergehend geschlagen, aber es blieb stark.

Mit der **Novemberrevolution** aber hatte sich aus der Sozialdemokratie heraus die Kommunistische Partei gebildet, die sich ganz nach dem Vorbild der bolschewistischen Revolution in Russland als radikaler Gegner der parlamentarischen Demokratie darstellte, welche sie als bloße Variante „bürgerlicher Herrschaft“ bekämpfte. Die Kommunisten definierten Demokratie als Diktatur der großen Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung über die Reichen und Mächtigen. Um die Macht des „Proletariats“ zu sichern, bedurfte es der Enteignung und vollständigen Entmachtung der bisherigen Eliten, wobei sich die Macht des Proletariats dann in den Händen der Partei des Proletariats konzentrieren sollte. Parlament, Gewaltenteilung, Rechtsstaat, Schutz der Minderheiten und der Einzelnen oder Pluralismus waren in dieser Konzeption *nicht* vorgesehen und galten als bloße Formen der Herrschaft der alten Eliten. Bemerkenswert ist dabei aber, dass sich auf dem nationalen Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte, der höchsten revolutionären Instanz, 400 von den knapp 450 Delegierten gegen die Etablierung eines Rätessystems und für die parlamentarische Demokratie entschieden – was die gerade gegründete KPD mit einem Putschversuch beantwortete, der innerhalb von Stunden scheiterte.

Die deutsche Sozialdemokratie distanzierte sich (auch angesichts der Nachrichten über den blutigen Terror der Bolschewiki und die Millionen Opfer des russischen Bürgerkriegs) vollends von den Kommunisten und verfolgte eine Politik der Koalition mit Liberalen und Katholiken zur Begründung der demokratischen Weimarer Republik. Damit entwickelte sich aus der Dichotomie zwischen Demokratie und radikalem Nationalismus nun die Trias Demokratie – radikaler Nationalismus – Kommunismus, die bis 1945 nicht nur die deutsche, sondern einen Großteil der europäischen Geschichte beherrschte.

Interessant ist dabei der jeweilige Bezug dieser drei Konzepte aufeinander.

Für den radikalen Nationalismus waren parlamentarische Demokratie und Kommunismus zwei Varianten internationaler Herrschaft, also zwei Formen der Negation der eigenen Position eben des Nationalismus. Darin steckte übrigens von Beginn an die Gleichsetzung von Internationalismus mit Judentum.

Der Kommunismus erkannte in Demokratie und radikalem Nationalismus zwei Varianten bürgerlicher Herrschaft, also des Kapitalismus als Herrschaftsform – was in den späteren Jahren Weimars etwa die Gleichsetzung von SPD und NSDAP nach sich zog.

Die Demokratie schließlich sah im radikalen Nationalismus ebenso wie im Kommunismus zwei Formen totalitärer Herrschaft, die alle Grundlagen der Demokratie negierten.

In dieser Konstellation entwickelten sich die Auseinandersetzungen der folgenden Jahrzehnte, aber es waren eben zwei Gegner, welche die Demokratie bekämpften und kein Hehl daraus machten, sie ebenso wie ihre Anhänger vernichten zu wollen.

Dass die Militärs und die politische Rechte insgesamt nach der deutschen Niederlage 1918 die Verhandlungen über einen Waffenstillstand den Demokraten zuschoben, um ihnen den Makel der Kapitulation anzuhängen, ist bekannt. Aufschlussreich ist hierbei aber, dass der amerikanische Präsident Wilson sein Angebot eines milden Friedens mit Deutschland an die Voraussetzung der Entmachtung der alten Kräfte um den Kaiser und eine durchgreifende Demokratisierung band. Das hatte weitreichende Folgen. Denn auf einen solchen Frieden, wie Wilson ihn versprach, hofften nun alle, und die Wahlen zur Verfassungsgebenden **Nationalversammlung**, die ja bereits auf den 19. Januar 1919 gelegt wurden, standen unter diesen Vorzeichen. Im Ergebnis wählten drei Viertel der Deutschen die drei demokratischen Parteien der Mitte, um so einen „Wilson-Frieden“ zu ermöglichen. Tatsächlich entstand in der Nationalversammlung nun die erste demokratische Verfassung Deutschlands, ein bedeutendes Verfassungswerk mit Volkssouveränität, Gewaltenteilung und Grundrechte als den zentralen Prinzipien. In seinem zweiten Teil enthielt es einen Katalog der Grundrechte, in dem die Rechtsgleichheit aller Deutschen, die Abschaffung der Standesunterschiede, die Gleichberechtigung der Frauen (auch im Wahlrecht) sowie die staatsbürgerlichen Freiheiten wie die Unverletzlichkeit der Wohnung oder das Recht auf freie Meinungsäußerung zugesichert wurden. Diese Verfassung, die wegen ihres Grundrechtskatalogs von Heinrich August Winkler als „modernste Verfassung der Welt“ bezeichnet wird,

hatte, wie sich bald zeigte, auch ihre Probleme, vor allem die Spaltung der Exekutivbefugnisse zwischen Reichsregierung und Reichspräsident, der im Ernstfall zum Ersatzkaiser mit diktatorischen Vollmachten aufsteigen konnte. Aber zweifellos bot sie eine sehr gute Grundlage für den Aufbau eines demokratischen Staates und darüber hinausgehend womöglich auch einer demokratischen Gesellschaft.

Dieser Triumph der Demokratie vollzog sich nach Sieg der Entente auch in den meisten neuen Nationalstaaten, die nach dem Zusammenbruch der großen Imperien (des Deutschen Reiches, Österreich-Ungarns, Russlands und des Osmanischen Reiches) vor allem in Ostmitteleuropa entstanden. Sie waren aber durch die ungelösten Probleme mit den jeweiligen nationalen Minderheiten von Beginn an instabil und verfügten auch nicht über parlamentarische und demokratische Traditionen.

Und auch die Grundlagen der neu geschaffenen Weimarer Republik waren alles andere als stabil. Das zeigte sich bereits bei den ersten Reichstagswahlen nach ihrer Verkündung. Denn inzwischen hatten die Pariser Friedensverhandlungen zum Versailler Vertrag geführt, der alles andere als den von Wilson versprochenen milden Frieden enthielt. So fühlten sich die deutschen Wähler getäuscht und nicht mehr an die Vereinbarung mit Wilson gebunden, und bei den Reichstagswahlen vom Juni 1920 sank der Stimmenanteil der drei Parteien der „Weimarer Koalition“ – Demokraten, Zentrum und MSPD – von 76 auf 43 Prozent; ihre Stimmenzahl halbierte sich fast, von 22 auf 12 Millionen. Die Anteile der rechten und linken Flügelparteien nahmen hingegen dramatisch zu. Die bürgerlichen Wähler gingen nach rechts, die Arbeiter nach links. Die Zustimmung zur Demokratie, so zeigte sich, war bei einem großen Teil der Wähler eher tentativ.

Der Aufstieg der antidemokratischen Kräfte seit 1920 schlug sich auch in einer Vielzahl von Aufständen und Putschversuchen nieder, die allesamt die Beseitigung der **Weimarer Demokratie** zum Ziel hatten, und es gehört zu den bemerkenswerten Entwicklungen dieser Jahre, dass sich die Republik trotz des Ansturms und der Radikalisierung ihrer Gegner rechts wie links zu stabilisieren vermochte. Das war verbunden mit Versuchen der Durchsetzung demokratischer Verfahren auch im Rechtswesen, in der Wirtschaft – und in der Kultur: von der Demokratisierung der Erziehung, den Versuchen, neue Baustile zu entwickeln, die einem demokratischen Geist entsprachen, bis zu den vielfältigen Ansätzen, die Emanzipation der Frauen durchzusetzen. Der Gedanke einer über die Institutionen hinausgehenden Demokratisierung der Gesellschaft, also der Umsetzung demokratischer Grundregeln wie Gleichheit, Partizipation, Pluralismus in den Lebensweisen der Menschen selbst, jenseits der Eingriffssphäre des Staates, setzte sich aber nur in Teilen des

Landes durch, blieb oft auf die großen Städte und manchmal nur auf Berlin beschränkt. „Die Provinz, wo sie am dicksten ist“, schrieb Kurt Tucholsky, „lebt von der Abneigung gegen Berlin [...] Da regiert der Bürger in seiner übelsten Gestalt. Da regiert der Offizier alten Stils. Da regiert der Beamte des alten Regimes. Und wie regieren sie! Keine Erkenntnis hat sich da Bahn gebrochen. Kein Luftzug einer neuen Zeit weht da herein. Da ist noch alles beim Alten.“ So traf jeder Versuch der Umsetzung demokratischer Ideen in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft oder Kultur auf die erbitterte Feindschaft der Konservativen und v.a. der Rechten, die ab 1928 an Bedeutung rasch zunahmen und seit der Wirtschaftskrise in Form der Nationalsozialisten ihre radikalste Ausprägung erreichten.

Im wissenschaftlichen Kontext ist schon in den 1970er Jahren und jetzt erneut diskutiert worden, ob die Durchsetzung der **NSDAP** als moderne Massenpartei auch als eine Form von „Demokratisierung“ oder jedenfalls als deren Folge angesehen werden kann. Diese Gleichsetzung der Begriffe Demokratie und Massenbewegung war ja schon von den Nationalsozialisten behauptet worden, die die Massenaufmärsche und Plebiszite der Nazi-Zeit und die Proklamation der „Volksgemeinschaft“ als eine der modernen Zeit entsprechende Form der Partizipation der Massen ausgaben. Das verfiel durchaus bei Vielen, auch in den USA und in Großbritannien wurde Hitlers Regime zuweilen als den modernen Gesellschaften angemessene Form der Beteiligung und Integration der Massen angesehen.

Tatsächlich wird aber der Begriff Demokratie völlig ausgehöhlt, wenn darunter lediglich die akklamative Beteiligung der Bevölkerung an der Inszenierung von Politik verstanden wird und sowohl die institutionellen Grundprinzipien demokratischer Verfahren wie Gewaltenteilung, Rechtsstaat, freie Wahlen etc. ausgesetzt werden, als auch die eine demokratische Gesellschaft kennzeichnende Werteordnung ignoriert wird. Eine plebiszitär strukturierte Diktatur kann ohne Rechtsstaat leben, ohne staatsbürgerliche Gleichheit und politischen Pluralismus. Eine demokratische Gesellschaft nicht.

Die Absage an die Demokratie in dieser Zeit war aber **keine deutsche Spezialität**. In Europa setzten sich in der Zwischenkriegszeit gegen die neu gegründeten Demokratien zahlreiche autoritär oder diktatorial regierte Regime durch und bildeten 1938 bereits die Mehrheit – von Spanien und Portugal über Österreich, Jugoslawien, Griechenland, Ungarn, Rumänien, Bulgarien bis zur Sowjetunion. Und auch in den weiterhin demokratisch verfassten Staaten wie Frankreich, Großbritannien, den Benelux- und den skandinavischen Ländern oder der Tschechoslowakei kamen die antidemokratischen Kräfte stark auf. Spätestens mit dem großen Crash

von 1929 schien das Zeitalter von Demokratie, Rechtsstaat und liberalem Kapitalismus zuende und widerlegt und von den Konzepten der plebiszitären Diktatur, der militärähnlich organisierten Regierung und der Abkehr vom Welthandel.

Es ist auch oft darüber diskutiert worden, ob der Gedanke der Demokratie während der Nazi-Zeit in den Widerstandskreisen, im Kreisauer Kreis, bei den Offizieren des 20. Juli um Stauffenberg lebendig geblieben sei. Und die aktuellen Rechtspopulisten in Deutschland beziehen sich explizit darauf und leiten von dort ihre Traditionen her. Tatsächlich ist das aber eine Fehldeutung. Die meisten der in den Zirkeln der Verschwörer diskutierten neuen Entwürfe von Staat und Gesellschaft waren überwiegend von den alten Vorstellungen von ständisch gegliederter Elitenherrschaft ohne Parlamentarismus, Parteien und Öffentlichkeit geprägt – also ohne die Auswüchse des Kapitalismus, ohne die Kultur der Moderne, aber mit einer harmonischen, volksgemeinschaftlichen Ordnung, durch die Klassenkampf und konfessionelle Spaltung überwunden würden: weder demokratisch noch kapitalistisch oder kommunistisch, sondern *deutsch*: ein „personaler Sozialismus“ der inneren Haltung, die Verbindung von Volksbewegung und autoritärer Führung ohne freie und gleiche Wahlen.

Die Idee einer demokratischen Zukunft im Sinne der liberalen Demokratien fand sich hier nicht oder kaum am Rande. Sie war in Deutschland bis in die Arbeiterschaft hinein diskreditiert. Hier wie in den Arbeiterbewegungen der anderen europäischen Staaten dominierte vielfach die Erwartung, dass man nicht zum alten liberalkapitalistischen System zurück-, sondern zum Sozialismus vorangehen werde. Tatsächlich aber waren es vor allem die siegreichen Armeen der Alliierten, welche ihre politischen Systeme und Ordnungskonzepte mit sich brachten.

Mit dem Einsetzen des Kalten Krieges verwandelte sich die soziale und politische Konfrontation von Kapitalismus und Kommunismus in den weltpolitischen Gegensatz des Kalten Krieges zwischen demokratischem Westen und diktatorischem Osten, während der radikale Nationalismus nach dem Zusammenbruch und der Delegitimierung des Hitler-Regimes jedenfalls vorübergehend als Alternative desavouiert war. Aus dem Dreikampf wurde wieder ein Zweikampf.

Dass die **Sowjetisch Besetzte Zone** 1949 in Deutsche *Demokratische*, nicht: sozialistische, Republik umbenannt wurde, war in erster Linie der Überzeugung der sowjetischen Führung geschuldet, wonach die postfaschistische deutsche Gesellschaft zunächst einen Prozess der parlamentarischen bürgerlichen Demokratie durchlaufen müsse, um reif genug für die Umwandlung in eine sozialistische Republik zu werden. Das entpuppte sich aber rasch als Mummenschanz, denn das

Parlament hatte in der DDR nichts zu sagen, die gegründeten „bürgerlichen“ Parteien waren Camouflagen der SED, und es gab weder Gewaltenteilung noch Rechtsstaat noch Pluralismus. „Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand behalten“, dieser Ulbricht-Satz vom Sommer 1945 beschreibt das Vorgehen recht präzise, wenngleich es in der Folgezeit immer starke ideologische Schwankungen der SED-Führung gab, bei denen eine Verbreiterung oder Verengung des zugelassenen Meinungsspektrums angeordnet wurde.

In den **Westzonen** lagen die Verhältnisse komplizierter. Der Weg von 1945 bis zur Gründung der Bundesrepublik im Mai 1949 war keineswegs gerade und zielgerichtet. Aber die Anstrengungen der West-Alliierten, Deutschland zu demokratisieren, waren doch von Beginn an sehr eindeutig, und *democratisation* war neben *denazification* und *demilitarisation* eines der Hauptziele vor allem der amerikanischen Besatzungsmacht. Das ist am Prozess der Entstehung des Grundgesetzes recht gut nachvollziehbar. Mit der Verschärfung des seit 1947 aufziehenden Kalten Krieges hatten sich die Bemühungen der Westalliierten verstärkt, einen jedenfalls vorläufigen demokratischen Weststaat zu errichten, mit einer demokratischen Verfassung, die eine Grundrechtsgarantie und einen föderalen Aufbau enthielt. Diese Verfassung, das **Grundgesetz**, das nun im Parlamentarischen Rat entworfen und beschlossen wurde, lehnte sich stark an die Weimarer Verfassung an, berücksichtigte aber zugleich die Schlüsse, die aus dem Scheitern Weimars und der NS-Diktatur jedenfalls verfassungsrechtlich zu ziehen waren. Der erweiterte Grundrechtskatalog stand nun am Beginn des Textes, bei der Regierungsstruktur wurde der Kanzler stark aufgewertet, der Präsident auf repräsentative Aufgaben beschränkt, die Parteien wurden gestärkt und die Bundesländer mit starken Kompetenzen ausgestattet. Volksabstimmungen und generell plebiszitäre Elemente waren nicht vorgesehen, und angesichts der Tatsache, dass noch wenige Jahre zuvor ein Großteil der deutschen Bevölkerung Hitler und seinem Regime zugejubelt hatte, war dieses Misstrauen gegenüber dem Staatsvolk gut verständlich, und aus gleichem Grund wurde über das Grundgesetz auch nur in den Landtagen abgestimmt, nicht in einer Volksabstimmung.

Die in Deutschland in den letzten Wochen grassierende, etwas künstliche Begeisterung für das Grundgesetz steht allerdings in deutlichem Kontrast zu der seinerzeitigen, eher beiläufigen Zurkenntnisnahme der Arbeit des Parlamentarischen Rats in der Bevölkerung. 73 Prozent der Befragten zeigten an den Bonner Verhandlungen gar kein oder nur mäßiges Interesse, lediglich 21 Prozent waren „sehr interessiert“. Zugleich hatten sich aber 70 Prozent für die Gründung eines Weststaates ausgesprochen. Die meisten Westdeutschen sahen Verfassung und

neuen Staat eher als vorübergehende Zwischenlösung an, bis die Frage der deutschen Einheit (offenbar doch wohl bald) geklärt sein würde. Vermutlich ist noch nie ein europäischer Staat mit so gebremster Emphase ins Werk gesetzt worden wie dieser. Aber angesichts der weltpolitischen Zuspitzung schien er fürs Erste offenbar die beste Lösung.

Grundlage der Zustimmung war indes vor allem die Hoffnung auf wirtschaftliche Stabilisierung und militärischen Schutz durch die Amerikaner. Aber die nüchterne, von der Katastrophe der Nazizeit und der Kargheit der Nachkriegsjahre geprägte, ganz aufs Vorläufige gestimmte Gründung des westlichen Teilstaats litt auch nicht, wie die deutsche Republik von 1919, unter dem Druck überspannter, unerfüllbarer Erwartungen.

Diese eher pragmatische Zustimmung zur neuen, demokratischen **Bundesrepublik** schlug sich auch in den Wahlbeteiligungen und Wahlentscheidungen der folgenden Jahre nieder. Die alte Trias aus Christlich-Konservativen, Liberalen und Sozialdemokraten, die schon die Weimarer Demokratiegründung und den Parlamentarischen Rat geprägt hatte, setzte sich durch, zumal die Flügelparteien von rechts und links verboten wurden und angesichts der immer latent vorhandenen Interventionsdrohung der Alliierten auch keine Revitalisierungschance besaßen. Dies umso mehr, als ein Großteil der höheren Nazis die unverhoffte (und zweifellos unverdiente) Chance ihrer Rückkehr ins bürgerliche Leben erfreut nutzte und von ihrer mittlerweile unangenehmen Vergangenheit nichts mehr wissen wollte.

Für die Stabilisierung der jungen westdeutschen Demokratie waren vor allem die Einbindung in den Westen, der enorme wirtschaftliche Aufschwung sowie auch der Regierungsstil des ersten **Bundeskanzlers** ausschlaggebend. Demokratische Regierungen galten in Deutschland seit Ende des Kaiserreichs in der Regel als wenig durchsetzungsfähig und eher instabil, und die Reichskanzler der Weimarer Zeit waren mit wenigen Ausnahmen als schwache Figuren wahrgenommen worden. Das war nun ganz anders: Adenauer nutzte die dem Kanzler im Grundgesetz mit Bedacht zugeschriebene machtvolle Position, um seine Regierung in zielstrebigem und autoritärer Weise zu führen. Auch gegenüber den ja noch kaum gefestigten neuen Institutionen des demokratischen Staates verhielt er sich wenig zimperlich, wenn es darum ging, seine Ziele durchzusetzen. Hier aber stieß er doch bald an Grenzen. Die institutionelle Struktur des neuen Staates erwies sich früh als recht robust, auch gegenüber einem so machtbewussten Kanzler, wie Adenauer es war.

Dabei kam Adenauer mit seinem patriarchalischen Auftreten dem Bedürfnis nach starker Führung entgegen. Zweifellos war eine solche Form der Machtausübung

im demokratischen Staat nicht unproblematisch, bewahrte und verstärkte sie doch autoritäre, führungsgläubige Orientierungen im Volk. Auf der anderen Seite zeigte sich aber, dass ein vorwiegend institutionell gefasster Demokratiebegriff und ein autoritäres Staatsverständnis, wie sie für die Adenauersche Konzeption kennzeichnend waren, angesichts der politischen Unerfahrenheit der Deutschen auch als Entwicklungsstufe in einem Lernprozess verstanden werden konnten. Das Eingewöhnen in eine funktionierende Parteiendemokratie, das allmähliche Erlernen der Spielregeln und Funktionsweisen von Parlamentarismus und Pluralismus erwiesen sich als Voraussetzung für die allmähliche Anverwandlung, schließlich für Ausweitung und auch für Kritik des 1949 etablierten Demokratiemodells.

Interessanterweise galt ein solches Moment der zunächst autoritären und sich zunächst nur langsam erweiternden Demokratie auch in den meisten anderen westlichen Staaten – in Frankreich unter de Gaulle etwa, in Italien unter der langen Herrschaft der *Democrazia Christiana*, auch in Großbritannien unter den Konservativen und in den USA Eisenhowers. Demokratie war ein Begriff der staatlichen Verfasstheit, nicht des gesellschaftlichen Lebens.

Und natürlich trafen auch in der Bundesrepublik Ansätze zur **gesellschaftlichen Demokratisierung** auf spitze Ablehnung und Unverständnis. Massengesellschaft, Parteienstaat, Gleichheitspostulat, Mitbestimmung – durch solche Zumutungen werde der große Einzelne domestiziert „wie Tiger und Adler im Käfig“, formulierte Hans Freyer 1955, einer der bald wieder sehr einflussreichen Publizisten aus dem Umfeld der Konservativen Revolution der zwanziger Jahre. Zum Gegenbegriff wurde hier die Kategorie des Abendlandes und die „Rückkehr in die abendländische Kulturgemeinschaft“ als rettende Schlussfolgerung aus der Ungeistigkeit der Nazi-Zeit ebenso wie des Amerikanismus oder der „Gleichheitsapostel“.

Kulturell richtete sich diese Denkfigur in besonderem Maße gegen die Durchsetzung liberaler Konzepte im Bereich von Familie, Erziehung und privater Lebensführung. Hier gewann in diesen Jahren vor allem das im Grundgesetz neu geschaffene Bundesverfassungsgericht an Bedeutung, dessen Aufgabe es war, staatliches und gesellschaftliches Handeln im Hinblick auf die Übereinstimmung mit der Verfassung zu prüfen. Dabei zeigte sich früh, dass sich das Grundgesetz nicht auf eine Verfahrensordnung reduzieren ließ, sondern eine in ihrem Wesen liberale und auf das Individuum bezogene Werteordnung entworfen hatte. Die Umsetzung dieses Grundprinzips über die Institutionen hinweg auch auf Wirtschaft, Kultur oder private Lebensführung führte besonders in jenen Bereichen mit stark konservativen Traditionen zu Aufmerksamkeit und Widerspruch, etwa in Bezug auf die Stellung der Frauen. In Artikel 3 stand ja der klare Satz „Männer und Frauen sind

gleichberechtigt“. Tatsächlich aber war der Mann in der Praxis weiterhin der Vormund der Frau, ohne seine Erlaubnis durfte sie weder arbeiten noch eigenes Geld verwalten. Die Bundesregierung machte jedoch zunächst keine Anstalten, die sich aus dem Artikel 3 ergebenden Schlussfolgerungen gesetzlich festzuschreiben, bis das Verfassungsgericht das 1953 monierte und den Gesetzgeber aufforderte, diesen Grundsatz *überall* zu berücksichtigen. So breitete sich in diesem und vielen weiteren Fällen das von der Regierung zunächst deutlich unterschätzte Grundgesetz immer mehr in alle Rechts- oder Lebensbereiche aus – nicht allein eine Verfahrensordnung, sondern eine Werteordnung. Es brauchte Zeit, bis sich das durchsetzte.

Es waren dann seit **Ende der 1950er Jahre** vor allem Schriftsteller und Hochschul-lehrer, die öffentlich auf die Defizite der westdeutschen Demokratie hinwiesen. Damit verbunden war ihre Kritik an der (auf der Linken wie der Rechten) verbreiteten Geringschätzung der Bundesrepublik als einer von den Alliierten installierten Zwischenlösung ohne nationale Lebenskraft - und die Forderung nach Selbstanerkennung der Bundesrepublik als Staat und Gesellschaft auf längere Dauer, nicht nur als Transitorium.

„Was muß geschehen, damit auch Deutschland ein Land liberaler Demokratie werden kann?“ fragte der junge Soziologieprofessor Ralf Dahrendorf 1965 in seinem berühmten Buch „Gesellschaft und Demokratie“. Anders als nach 1918 sei es zwar gelungen, stabile und weithin akzeptierte demokratische Institutionen des Staates zu errichten. Die Gesellschaft selbst aber sei weiterhin von Konfliktscheu, autoritären Strukturen und Einengung der individuellen Freiheit gekennzeichnet, beklagte er und führte dies an zahlreichen Beispielen aus – von der Rolle der Justiz über die Formen der Erziehung in der Familie, den Schulen und Hochschulen, das Machtverhältnis zwischen Männern und Frauen bis zum Umgang mit Minderheiten. Diese Fragen und die Kritik an der ausgeprägten sozialen Ungleichheit standen fortan im Mittelpunkt der politischen Debatten und führten zu den gesellschaftlichen Reformen der Großen und dann der sozialliberalen Koalition bis in die späten 1970er Jahre.

Demokratisierung und Liberalisierung waren auch die Ziele der **Außerparlamentarischen Opposition**, als deren Ausgangspunkt die Proteste gegen das Vorgehen der Regierung in der Spiegel-Affäre und gegen die Notstandsgesetze gelten können. Dabei war die sich nun herausbildende Studentenbewegung Teil eines internationalen Phänomens, das sich in nahezu allen entwickelten westlichen Industriestaaten und in veränderter Form auch in einigen Ostblockstaaten verfolgen ließ. Bei allen Unterschieden war ihnen das Aufbegehren gegen autoritäre, illibe-

rale und undemokratische Zustände gemeinsam. Ausgangspunkt waren die Proteste in den USA im Kontext der Bürgerrechtsbewegung und der Proteste gegen den Vietnamkrieg, die sich im Free Speech Movement an den Universitäten und der Entstehung der neuen Frauenbewegung fortsetzten.

Auch in der Bundesrepublik trug die Protestbewegung der später so genannten *Achtundsechziger* zunächst dazu bei, die bereits bestehenden Tendenzen hin zu einer weniger autoritären und patriarchalischen, liberaleren und demokratischeren Gesellschaft zu verschärfen, zu beschleunigen und zu verbreitern: die Ablehnung nicht leistungsbegründeter Autorität vor allem, die Liberalisierung der Geschlechterbeziehungen, Demokratie als Teilhabe und Kritik.

Allerdings war hier, wie bei fast allen Revolten der Neuzeit, auch der Ansatz zur Überdehnung, zur Radikalisierung bis zur schließlichen Unkenntlichkeit bereits angelegt. Am Ende trug die Revolte bei einem Teil der akademischen Jugend in den 1970er Jahren zu einer weitgehenden Entfremdung, ja Verachtung gegenüber Demokratie und Rechtsstaat bei, verbunden mit der Akzeptanz, ja der Bewunderung monströser linker Diktaturen und der Begeisterung für Befreiungsbewegungen, welche sich alsbald als weder freiheitlich noch demokratisch erwiesen. Die Gleichung, wonach selbst die radikalsten antiliberalen und antidemokratischen Ausprägungen von „1968“ im Effekt dennoch die fortschreitende Demokratisierung der westdeutschen Gesellschaft befördert hätten, geht jedoch nicht auf, sondern hinterlässt Widersprüche und offene Fragen.

Gleichwohl, die wirtschaftliche Wachstumsdynamik, die Ostpolitik und die inneren Reformen der Regierung Brandt hinterließen in der Bundesrepublik ein gestärktes Selbstbewusstsein eines stabilen demokratischen Staates, der nun auch weltweit das Bild eines neuen, liberalen Deutschlands vermittelte. Politisch gipfelte das in der Parole „Deutsche, wir können stolz sein auf unser Land“ aus dem Bundestagswahlkampf der SPD von 1972. Vier Jahre später wurde das noch übertrumpft durch den Slogan vom „Modell Deutschland“ von Helmut Schmidt, der die demokratische und soziale Entwicklung der Bundesrepublik als „beispielhaft“ bezeichnete. „Vielleicht sogar ein Modell für andere.“ Deutschland als demokratisches Vorbild für andere Länder – nicht einmal 30 Jahre nach Auschwitz. Darauf musste man erst mal kommen.

Mit dem Ende der sozialliberalen Koalition und dem Übergang zur Regierung Kohl zeigte sich, entgegen manchen Vermutungen, dass die parlamentarische Demokratie und auch die Machtwechsel reibungslos funktionierten. Die westdeutsche Demokratie sah sich allerdings neuen Herausforderungen gegenüber, nicht zuletzt durch die riesigen Bewegungen gegen Atomkraft und gegen die Stationierung von

Mittelstreckenraketen, vor allem aber durch die **Bürgerinitiativen**, die nun überall auf den Plan traten und sich gegen Stadt-sanierungspläne ebenso wie gegen Flurbereinigung, oder Straßenbauprojekte richteten. Selbstbestimmung, Basisdemokratie, Ideologiefreiheit bestimmten das Selbstbild – nicht notwendig auch die Praxis. Ohne Zweifel drückte sich in den Bürgerinitiativen ein gesteigener Partizipationsanspruch der Bürger gegenüber Staat und Politik aus, wenngleich nicht zu übersehen ist, dass sich hier oftmals auch nur Partikularinteressen gegen Interessen der Allgemeinheit durchzusetzen versuchten. Aber insgesamt bedeuteten diese Basisbewegungen doch einen Zuwachs an demokratischer Legitimation für das politische System der Bundesrepublik, das solche Initiativen rasch und nachhaltig in sich aufnahm, ebenso wie die neue Partei der Grünen, die sich aus den Protestmilieus der sechziger und siebziger Jahre rekrutierte und die ökologische Frage als eine der zentralen politischen Herausforderungen des Landes etablierte.

Zugleich aber rückte mit dem rasanten Anwachsen der Zahl der schutzsuchenden Flüchtlinge seit den 1980er Jahren ein Problem in den Vordergrund, das bereits in der Auseinandersetzung mit den sogenannten Gastarbeitern der vorangegangenen Jahre zu Konflikten und zu Radikalisierungen am rechten Rand geführt hatte. Nun aber wurde der Umgang mit den Zuwanderern zu einer der schärfsten Konflikte in der Bundesrepublik ebenso wie in den meisten, nicht nur westeuropäischen Ländern, und markiert hier bis heute den wesentlichen Faktor zur Erstarbung rechtsradikaler Bewegungen und der Gefährdung der Demokratie – letztlich, weil hier die mit der ethnischen Abstammung verbundenen Privilegien gegen die Ansprüche von Zugewanderten verteidigt wurden. Das ist übrigens nicht notwendig mit der prinzipiellen Ablehnung von Demokratie verbunden, sondern versteht Demokratie als Prinzip einer allein aus den Alteingesessenen bestehenden Gesellschaft.

Ich habe hier über die Entwicklung in der **DDR** und in den anderen sowjetisch dominierten Staaten Europas seit den Passagen über die Nachkriegszeit nicht gesprochen. In einem Vortrag über „Demokratie“ ist das auch schwierig, außer dass man hier eben deren Abwesenheit konstatieren kann. Das ignoriert nicht die wirtschaftlichen Leistungen der DDR-Bürger, auch nicht die Versuche der SED-Führung, die fehlende Demokratie und Freizügigkeit durch eine verstärkte Sozialpolitik zu kompensieren (wenngleich deren Kosten dann wesentlich zur Überschuldung und zum wirtschaftlichen Niedergang des Landes beitrugen). Aber Tendenzen zur institutionellen Demokratisierung der DDR sind eben bis in die späten 1980er Jahre nicht festzustellen, und im Gegenteil versuchte die SED-Führung, die aus

der Sowjetunion unter Gorbatschow herüberschwappenden Tendenzen zu mehr Freiheit und Selbstbestimmung mit aller Macht abzuwehren.

Tatsächlich aber boten der Machtantritt Gorbatschows in der wirtschaftlich und sozial zerrütteten Sowjetunion sowie die Solidarnosc-Bewegung in Polen erst die Voraussetzungen, dass sich demokratische Kräfte in den sowjetisch dominierten Staaten überhaupt öffentlich zu äußern wagten – in der DDR zunächst vor allem im Protest gegen die komplett manipulierten Kommunalwahlen im Frühjahr 1989, dann in der forcierten Ausreisebewegung, schließlich in den Montagsdemonstrationen in Leipzig und anderswo sowie vor allem in dem Entstehen einer demokratischen Bürgerbewegung. Dass diese Bewegungen von den herrschenden Kommunisten nicht gewaltsam unterdrückt wurden wie 1953 in Berlin, 1956 in Budapest, 1968 in Prag oder 1981 in Warschau, lag vor allem daran, dass die sowjetische Regierung **1989** nicht mehr bereit war, die militärische Unterdrückung dieser Bewegungen zu unterstützen. Erst die so entstandene Schwäche der kommunistischen Regierungen ermöglichte den Zusammenbruch ihrer Regime – in der DDR die Öffnung der Mauer und den Zusammenbruch des SED-Staates.

Nie zuvor und seither hat der Wunsch nach Freiheit und Demokratie in der deutschen Geschichte so jäh und triumphal Ausdruck gefunden wie in der Nacht des 9. November. Allerdings erhielten die Bürgerbewegungen bei den entscheidenden Volkskammerwahlen im März 1990 ganze 2,9 Prozent, die drei westdeutschen Traditionsparteien Union, SPD und FDP hingegen 68 Prozent der Stimmen. Das verweist die heutigen Behauptungen, die rasche Wiedervereinigung in Form des Anschlusses an die Bundesrepublik sei gegen den Willen der Ostdeutschen durchgesetzt worden und habe die von den DDR-Bürgern gewünschte Diskussion über eine neue, gesamtdeutsche Verfassung verhindert, ins Reich der Wünsche und Legenden. Die Ostdeutschen wollten den „Anschluss“, wie er genannt wurde, sofort und ohne lange Debatten, und zwar aus politischen, sozialen und wirtschaftlichen Gründen. Ein dreiviertel Jahr später, im Dezember 1990 wurden die drei westdeutschen Traditionsparteien von 79% der Ostdeutschen gewählt.

Vergleicht man die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Transformation die Entwicklung Ostdeutschlands seit 1990 mit denjenigen der anderen ehemaligen **Ostblockstaaten**, wird erkennbar, dass die weitaus meisten der nun zahlreichen und tiefgreifenden Umwälzungen, die mit mannigfachen sozialen Härten und enormen persönlichen Verlusten verbunden waren, in *allen* postkommunistischen Ländern festzustellen sind – und nicht oder nahezu nicht als Folge der spezifischen Politik der Bundesregierung.

Dass die Frustrationen und die biografischen Verluste bei einem nicht geringen Teil der Ostdeutschen zu Aversionen gegenüber dem westdeutschen Modell geführt haben, zu Demokratieverdrossenheit und, in zunehmendem Maße, zu Nationalismus und Rechtsextremismus, ist unübersehbar und eine enorme Belastung für die deutsche Demokratie, wie es sie seit Jahrzehnten nicht gegeben hat. Allerdings werden Demokratie und Freiheit, so wie sie seit 1990 möglich wurden, bis heute von sechzig bis siebzig Prozent der Ostdeutschen bejaht und begrüßt. Das relativiert die aufkommenden Befürchtungen und erinnert daran, wie lange die Westdeutschen gebraucht hatten, um Demokratie als Grundprinzip des politischen wie des gesellschaftlichen Lebens zu akzeptieren.

Zugleich ist die im Osten stärkere, aber eben auch in Westdeutschland feststellbare **Rechtsentwicklung** Teil eines europäischen, ja weltweiten Prozesses, den wir seit etwa fünfzehn Jahren feststellen können – von der polnischen PIS über LePen, Orban, Wilders und Meloni bis zu Trump. Man kann diese Entwicklung mit dem amerikanischen Soziologen Huntington einordnen in jene zyklische Wellenbewegung, der vergangenen etwa 130 Jahre (oder länger), durch die auf Phasen des Aufschwungs oder des Triumphs der Demokratie alle 30 bis 40 Jahre die Reaktion folgt – im engen Sinne, in Form konservativer, rechter und rechtsextremer Gegenbewegungen. Das mag so sein, relativiert aber gegenwärtigen Gefahren für Demokratie und Menschenrechte nicht.

Nicht in diese langen Wellen von Aufschwung und Abschwung demokratischer und antidemokratischer Bewegungen einzuordnen ist indes der islamische Fundamentalismus. Er ist nicht, wie die bereits behandelten Entwicklungen, im nationalen Kontext entstanden, sondern bereits in den 1920er Jahren als Reaktion auf die Unterdrückung der muslimischen Bevölkerung im Nahen Osten durch die Kolonialmächte. Spätestens mit der islamischen Revolution im Iran und dem Sieg der Mudschahedin gegen die sowjetische Besatzungsmacht in Afghanistan errang er weltpolitische Bedeutung, und seit den 1990er Jahren entwickelte er sich mit den terroristischen Anschlägen in zahlreichen Ländern, mit Nine Eleven in New York, schließlich mit Attacken in europäischen Großstädten – London, Madrid, Paris, Berlin – zu einer ernsthaften Bedrohung des Westens, zumal seine Aktivitäten in der Bevölkerung vieler muslimischer Länder durchaus auf Zustimmung oder sogar Jubel stießen. Trotz der religiösen Überformung der Motive und Ziele wird sichtbar, dass der Islamismus vor allem im Kontext von Kolonialismus und Dekolonisierung und der fortwährenden wirtschaftlichen und politischen Hegemonie der industrialisierten Länder des Nordens einzuordnen und insofern als Ausdruck des Nord-Süd-Konflikts zu verstehen ist. Zugleich aber ist er eine totalitäre, gegen Menschenrechte und Gewaltenteilung, gegen Rechtsstaat, gegen die Rechte der Frauen,

den Schutz der Minderheiten und der Einzelnen gerichtete Bewegung, und insofern Teil jener langen Reihe antidemokratischer Bewegungen, über die ich heute gesprochen habe. Dieser Widerspruch ist übrigens nahezu allen antidemokratischen, totalitären Bewegungen im 20. und 21. Jahrhundert eigen.

Der neue Rechtsradikalismus in den westlichen Metropolen, der Aufstieg des islamistischen Fundamentalismus weltweit, die stetige Machterweiterung der chinesischen Parteidiktatur, der Überfall Russlands auf die Ukraine, als die sich dem Westen zuzuwenden beginnt – selten gab es so viele und so massive Attacken gegen die Demokratie und Freiheit wie derzeit, und ich bin mir nicht sicher, ob das Ausmaß und die Schärfe dieser multiplen Bedrohungen in unserem Land bereits in vollem Umfang realisiert worden ist.

Was für ein **Fazit** kann man aus einer solchen, extrem gerafften Skizze ziehen, wie ich sie hier vorgestellt habe und die Vieles höchstens antippen konnte und Anderes, Wichtiges ausgelassen hat? Durch die Katastrophe des Nationalsozialismus mit Krieg und Genozid hat jede Perspektive auf die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts ihr Schwarzes Loch, und eine Demokratiegeschichte schon gar. Aber es ist doch erstaunlich, welche Fülle an Ideen, Ansätzen, Bewegungen, Fortschritten, Aufbrüchen und Triumphen man identifiziert, wenn man nach der Demokratie in Deutschland in diesem Jahrhundert fragt. Vieles ist dabei ja gar nicht spezifisch für Deutschland, sondern europäisches, zuweilen universales Erbgut. Aber es gelang in diesem Land doch immer wieder, selbst nach den brutalsten Niederwerfungen, das Gebäude der Demokratie neu zu errichten und dieses Land immer wieder erneut in den Kreis der demokratischen Staaten zurückzuführen.

Und natürlich ist Demokratie nicht alles. Ich habe ja nicht gesprochen über die fortdauernden, sich noch ausweitenden sozialen Ungleichheiten in diesem Land, über die Diskriminierung von Minderheiten und Zugewanderten, nicht über die mit dem deutschen Exportkapitalismus verbundenen Verheerungen im Globalen Süden.

Demokratie ist in der Tat nicht *alles*. Aber es gilt doch: Ohne Demokratie ist alles *nichts*.

Erst wenn man sie hat, kann man weitersehen.